



KLARER KURS. STARK IN DIE ZUKUNFT.

**Beschlussbuch.
Außerordentlicher Landesparteitag 2020.**

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Antrag	Titel • Antragsteller	Seite
1	Zusammen und erfolgreich durch die Pandemie! Landesvorstand	3
2	Bußgelderhöhung für illegale Abfallentsorgung SPD-OV Ehmten-Mörse	15
3	Keine Verwendung von Einwegplastik-Werbematerial SPD-UB Cuxhaven	16
4	Bildung einer Beschwerdestelle Polizei mit eigener Ermittlungskompetenz SPD-UB Cuxhaven	17
5	Gesetzlicher Schutz der Begriffe „Barrierefreiheit / barrierefrei“ SPD-UB Cuxhaven	18
6	Bundesweites Verbot von Reichskriegsflaggen in der Öffentlichkeit SPD-UB Cuxhaven	19
7	Woher nehmen und nicht stehlen? - Für eine aktive Wohnraumpolitik! Jusos Niedersachsen	20

Antrag 1: Zusammen und erfolgreich durch die Pandemie!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Beschluss:	Annahme
Abstimmungsergebnis:	Ja: (100%) 152 Nein: (0%) 0 Enthaltung: 0 Gültige Stimmen: 152

1 Die Bekämpfung des Corona-Virus ist die größte Herausforderung seit der Nachkriegszeit, mit der
2 wir uns in Niedersachsen bislang konfrontiert gesehen haben. Die Corona-Pandemie prägt derzeit
3 unser gesamtes gesellschaftliches, wirtschaftliches und psycho-soziales Leben. Niedersachsen hat
4 in der Vergangenheit schon viele Probleme lösen müssen, aber mit der Bekämpfung des Virus
5 werden wir besonders gefordert. Wir erleben derzeit eine schwierige Phase, die uns alle betrifft und
6 alle beansprucht. Für uns ist klar: Nur gemeinsam können wir Corona bekämpfen.

7 Niedersachsen blickt zurück auf eine besonders erfolgreiche Entwicklung in den letzten Jahren.
8 Wenn wir heute auf die Zeit vor Corona schauen, können wir in nahezu allen Politikfeldern als Folge
9 sozialdemokratischer Politik eine positive Entwicklung in Niedersachsen feststellen:

- 10 • Die Anzahl der Kita-Plätze wurde in den letzten zehn Jahren um ein Fünftel gesteigert, die
11 Kita beitragsfrei gemacht und die dritte Kraft in der Krippe wird mittlerweile bezuschusst.
- 12 • Die Ganztagsangebote an den allgemeinbildenden Schulen wurden durch sozial-
13 demokratische Bildungsministerinnen und Bildungsminister in den letzten zehn Jahren von
14 46 Prozent auf 75 Prozent deutlich ausgebaut und auch qualitativ mit wesentlich mehr
15 Lehrerstellen und schulischer Sozialarbeit ausgestattet.
- 16 • Die Anzahl der Studierenden haben wir seit 2013 um ein Fünftel steigern können und die
17 Studiengebühren haben wir abgeschafft.
- 18 • Mit über 3 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hatten wir 2019 ein
19 Rekordniveau und wir hatten die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung.
- 20 • Aktuell mehr als 22.000 Stellen im Polizeivollzug stellen einen historischen Höchststand dar.
21 Die Fallzahlen sind so niedrig, wie seit Jahrzehnten nicht mehr, die Aufklärungsquote von
22 Straftaten liegt mit 63,44 Prozent auf dem besten Wert seit 1990.
- 23 • Von 2017 bis 2019 wurden erstmals seit einem halben Jahrzehnt Altschulden des Landes
24 abgebaut – insgesamt 872 Millionen Euro.

25 Das Jahr 2020 wird im Rückblick jedoch eine Zäsur darstellen.

26 Das Virus hat unser Leben in Niedersachsen in einem Ausmaß verändert, wie es sich zu Beginn des
27 Jahres niemand vorstellen konnte. Von Kita und Schule über Arbeitsplätze bis hin ins Private – alle
28 Lebensbereiche waren und sind von der Pandemie bestimmt. Große Teile des Wirtschaftslebens
29 wurden zeitweise vollständig zum Erliegen gebracht. Im Juni waren in Niedersachsen rund 450.000
30 Personen aus 37.300 Betrieben in Kurzarbeit. Die Arbeitslosigkeit stieg coronabedingt im August um

31 über einen Prozentpunkt an. Insolvenzen sind absehbar und viele Branchen kämpfen mit großen
32 Schwierigkeiten. Rund acht Milliarden Euro Kredite mussten im Landeshaushalt für 2020
33 bereitgestellt werden, um insbesondere Konjunkturpakete und Kosten der Pandemiebekämpfung zu
34 finanzieren. Und nicht nur in 2020, sondern auch in den kommenden Jahren gilt es,
35 Mindereinnahmen in Höhe von zwei Milliarden Euro zu verkraften. Die Auswirkungen auf die
36 Einnahmen des Staates beeinflussen unsere finanziellen Möglichkeiten und Spielräume. Dieser
37 finanziellen Verantwortung stellen wir uns. Unser Ziel bleibt dennoch, auch und gerade in der Krise
38 zu investieren und unser Land weiterzuentwickeln. Es wäre falsch, das Land jetzt weiter in die Krise
39 „hineinzusparen“. Dies gilt insbesondere auch für die Kommunen in unserem Land, die sich auf
40 unsere Unterstützung verlassen können.

41 **Unsere Antwort: zusammen und mit klarem Kurs kommen wir durch die Krise!**

42 Das Virus wird absehbar nicht verschwinden. Und trotz enormer Anstrengungen in der Forschung
43 zu Medikamenten und Impfstoffen – auch hier in Niedersachsen – müssen wir uns noch bis
44 mindestens weit ins nächste Jahr auf ein Leben mit Corona einstellen. Politisch kommt es deshalb
45 jetzt darauf an, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger weiter zu schützen, zugleich aber auch
46 Niedersachsen nachhaltig auf einen positiven Pfad der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen
47 Entwicklung zurückzuführen. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen hierbei
48 ganz klar die Sicherung von Arbeitsplätzen, gleiche Bildungschancen, ein stabiles
49 Gesundheitssystem und der Zusammenhalt in der Gesellschaft im Vordergrund.

50 Klar ist, dabei kann es nicht allein um das Wiederherstellen des Status Quo vor Corona gehen. Denn
51 die Herausforderungen des Klimaschutzes, der Digitalisierung, der Internationalisierung, des
52 demografischen Wandels und an eine lebendige Demokratie sind unverändert da. Die Corona-
53 Pandemie hat hier sogar wie mit einem Brennglas die schon vorher vorhanden gewesenen
54 Schiefen aufgezogen.

55 Mit Nachtragshaushalten in Milliardenhöhe wurde ein Konjunkturprogramm für Niedersachsen
56 aufgelegt, welches es in der Geschichte des Landes so noch nicht gegeben hat. Wichtig ist jetzt,
57 dass die Maßnahmen sowohl in der Krise helfen, aber gleichzeitig Niedersachsen
58 widerstandsfähiger und zukunftsfester machen. Wir richten den Blick nach vorn und arbeiten daran,
59 dass Arbeitsplätze dauerhaft erhalten bleiben und unsere Wirtschaft wieder schnell auf die Beine
60 kommt. Dazu müssen wir durch Investitionen in Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz die
61 Arbeitsplätze von morgen schaffen. Wir müssen die Zukunftschancen unserer Kinder durch bessere
62 Lernbedingungen verbessern. Und wir brauchen ein Gesundheitssystem, das auch künftige Krisen
63 meistern kann. **Nur mit einem klaren Kurs Richtung Zukunft kommen wir aus der Krise.**

64 Weltweit haben sich Millionen Menschen mit dem Corona-Virus infiziert. Hunderttausende sind
65 verstorben. Und wir müssen feststellen, auch die genesenen Infizierten müssen oftmals noch lange
66 mit den Folgen ihrer Erkrankung kämpfen. Dies zeigt: Niemand sollte das Corona-Virus auf die
67 leichte Schulter nehmen. Die massiven einschneidenden Maßnahmen in der Corona-Pandemie
68 wurden in Niedersachsen beeindruckend mitgetragen von der gesamten Gesellschaft. Auch in den
69 nächsten Monaten brauchen wir in Niedersachsen weiterhin ein verantwortungsvolles Umgehen
70 miteinander. Wir müssen achtsam sein und zeigen: **Nur zusammen kommen wir aus der Krise.**

71 Die Gründung des Bündnisses „Niedersachsen hält zusammen“ im Juni dieses Jahres ist ein starkes
72 Zeichen des gesamtgesellschaftlichen Engagements. Vorbild ist der im Jahr 2015 für die Aufnahme
73 und Integration von Geflüchteten gegründete Zusammenschluss "Niedersachsen packt an".
74 Niedersachsen hat in der Vergangenheit vielfältige Probleme lösen können und auch die
75 Bekämpfung der Corona-Pandemie werden wir als Gesellschaft meistern. Die vielen Partnerinnen
76 und Partner dieses Bündnisses stehen für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Mit dem Bündnis

77 stehen wir für Solidarität und Mitverantwortung. Die Unterstützung kommt vor allem Menschen
78 zugute, die von der Krise besonders hart betroffen sind.

79 Wir stehen für eine Weiterentwicklung Niedersachsens insbesondere in den Bereichen Ökonomie,
80 Ökologie und des sozialen Zusammenhalts. Statt eines gesellschaftlichen „Roll Backs“ setzen wir
81 uns ein für eine konsequente Entwicklung Niedersachsens zu einer inklusiven Gesellschaft, wie sie
82 in der aktuellen UN-Behindertenrechtskonvention vorgegeben ist. Dies bezieht sich auf die Bereiche
83 Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit sowie Kultur, Freizeit und Sport. Zentraler Bestandteil des
84 dynamischen Prozesses zu einer inklusiven Gesellschaft ist die Weiterentwicklung und Stärkung der
85 Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen direkt und auf Augenhöhe.

86 Unsere zentralen Projekte für die nächsten Jahre:

87 **1. Wir brauchen ein stabiles Gesundheitssystem.**

88 Besser als die meisten Länder auf der Welt haben wir es bisher geschafft, die Ausbreitung des Virus
89 zu verlangsamen und so eine Überforderung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Corona
90 hat gezeigt: Wir wollen einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst. Und wir brauchen eine
91 Krankenhausplanung, die eine langfristig erforderliche gute Versorgung in der Fläche vorsieht und
92 sektorenübergreifende Ansätze ermöglicht. Die Empfehlungen der Enquetekommission des
93 Niedersächsischen Landtages zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Niedersachsen
94 bleiben dabei abzuwarten. Schon jetzt haben wir in den Jahren von 2019 bis 2022 mehr als eine
95 Milliarde Euro für die wohnortnahe Krankenhausversorgung zur Verfügung gestellt. Mit den
96 Großbaumaßnahmen an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und der
97 Universitätsmedizin Göttingen (UMG) haben wir die richtigen Weichen gestellt, diese
98 Spitzenuniversitäten und Maximalversorger zukunftsfest aufzustellen.

99 Wir brauchen mehr Hausärztinnen und Hausärzte vor allem im ländlichen Raum. Auch deshalb
100 wollen wir die Anzahl der Medizinstudienplätze weiter ausbauen. Seit 2012 wurden bereits 172 neue
101 Vollzeit- Studienplätze geschaffen. Die Gründung des dritten universitätsmedizinischen Standortes
102 in Oldenburg war eine richtige Entscheidung. Dessen Ausbau wollen wir noch in dieser Legislatur
103 vorantreiben. Und wir bringen die sogenannte Landarztquote auf den Weg. Die Hebammen-
104 Studiengänge starten an vier Standorten zu diesem Wintersemester. Regionale Versorgungszentren
105 mit ihrem kombinierten Angebot aus hausärztlicher Versorgung, Tagespflege und
106 Beratungsangeboten sollen die soziale und gesundheitliche Infrastruktur stärken. Mit präventiven
107 Hausbesuchen wollen wir älteren Menschen helfen, dass sie möglichst lange selbstbestimmt in den
108 eigenen vier Wänden wohnen können. Und auch die Nutzung der Chancen der Digitalisierung im
109 Gesundheitswesen - gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen - wird zukünftig eine immer
110 größere Rolle einnehmen müssen. Sie bietet Chancen, weite Wege zu überwinden, Fachkräfte zu
111 entlasten und insbesondere die Notfallversorgung zu verbessern.

112 Pflegekräfte brauchen bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Es reicht kein einmaliger
113 Bonus, es braucht dauerhafte Fairness! Und das bedeutet: gute Arbeitsbedingungen, abgesichert
114 durch einen allgemeinverbindlichen flächendeckenden Tarifvertrag.

115 Wir planen daher, die künftige Förderung der Investitionskosten an eine tarifgerechte Bezahlung der
116 Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen zu koppeln und werden das Niedersächsische Pflegegesetz
117 entsprechend ändern.

118 Die generalisierte Ausbildung für Kranken- und Altenpflege hat das Ziel, qualifiziert und
119 bedarfsgerecht auszubilden. Ein bedarfsgerechtes Angebot an Fachkräften kann nur dann
120 sichergestellt werden, wenn die Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen zusätzliche

121 Anstrengungen in der generalisierten Pflegeausbildung unternehmen sowie die
122 Altenhilfeeinrichtungen und Krankenhäusern geeignete Pflegeverbände schaffen.

123 Wenn bei der Ausführung von medizinischen Behandlungen der Gedanke herrscht, wie der Profit
124 maximiert werden kann, leidet darunter der Personalschlüssel und somit auch die Zeit an den
125 Patientinnen und Patienten. Um die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften und anderen
126 medizinischen Angestellten nachhaltig zu verbessern, dürfen medizinische Einrichtungen wie
127 beispielsweise Krankenhäuser nicht renditeorientiert geführt werden. Davon profitieren nicht nur
128 Angestellte von Krankenhäusern in öffentlicher Hand, sondern auch die Patientinnen und Patienten,
129 denen mehr Zeit gewidmet werden kann. Eine gute medizinische Versorgung, bei der das Wohl der
130 Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen, muss gewährleistet sein.

131 Corona hat aber auch neue Handlungsfelder aufgezeigt: Wir brauchen künftig einen – auch im
132 Pandemiefall – zuverlässigen Beschaffungsweg für medizinische Güter – von der Schutzkleidung
133 bis hin zu Medikamenten. Neue Formen der Vorsorge sind erforderlich. Die Beschaffungswege
134 müssen auch europaweit funktionieren. Und es muss auch diskutiert werden, ob die industrielle
135 Gesundheitswirtschaft zumindest in bestimmten Bereichen zur nationalen Schlüsselindustrie erklärt
136 und entsprechend geschützt werden muss. Wir müssen die Produktion von Arzneigrundstoffen
137 wieder verstärkt in die EU holen, um gefährliche Abhängigkeiten zu reduzieren.

138 **2. Kommunale Daseinsvorsorge für gleichwertige Lebensverhältnisse stärken**

139 Gerade jetzt brauchen wir starke Kommunen. Die Kommunen sind der wesentlichste Ort des
140 gesellschaftlichen Zusammenhalts und unseres Zusammenlebens. Sie leisten wichtige Beiträge zur
141 öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher hat der Landtag zusammen mit dem Bund einen
142 Rettungsschirm gespannt, um die kommunalen Haushalte in Niedersachsen zu stützen und die
143 Kommunen zukunftsfähig zu halten.

144 Perspektivisch müssen wir Daseinsvorsorge in Städten und dem ländlichen Raum neu denken,
145 damit auch weiterhin in allen Regionen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse vorzufinden
146 sind. Die sozialen Infrastrukturen müssen wir zielgerichtet ausbauen und an die veränderten
147 demografischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Bedürfnisse anpassen. Ein Beispiel hierfür
148 ist unser laufendes Modellprojekt Regionale Versorgungszentren. Wir wollen, dass ältere Menschen
149 so lange es geht in ihrem vertrauten Umfeld bleiben und weiter aktiv am Gemeinschaftsleben
150 teilnehmen können. Gleichzeitig wollen wir für junge Familien und junge Fachkräfte attraktiv sein
151 und bleiben. Gerade in den ländlichen Regionen werden sich durch den Ausbau von Breitband und
152 der Digitalisierung ganz neue Entwicklungschancen ergeben.

153 **3. Wir setzen auf gute Bildung und Chancengleichheit.**

154 Mit Notbetreuung haben die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrkräfte und pädagogischen
155 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ersten Hochphase der Pandemie einen wichtigen Beitrag
156 geleistet. Eine der wichtigsten Aufgaben bei der weiteren Bewältigung der Pandemie ist es, die
157 politischen Weichen so zu stellen, dass Kitas und Schulen nicht ein zweites Mal flächendeckend
158 geschlossen werden müssen. Krippen und Kitas sind für viele Kinder der erste Zugang zu Bildung.
159 Wir setzen unsere Anstrengungen fort, die Schaffung von mehr Plätzen zu fördern, wie auch Jahr
160 für Jahr die Ausbildungszahlen durch verschiedene Ausbildungswege unter Wahrung der Qualität
161 zu steigern. Das Ziel einer weiteren Verbesserung des Fachkraft- Kind- Schlüssels in den Kitas
162 behalten wir im Auge.

163 Nach dem Shutdown haben die niedersächsischen Lehrkräfte hervorragendes geleistet, um
164 kurzfristig auch in Distanz Unterricht fortzusetzen. Mit dem niedersächsischen Schulöffnungsplan
165 und seinen Szenarien wurden die notwendigen Rahmenbedingungen für das erfolgreiche
166 Wiederanfahren der Schulen gesetzt. Schülerinnen und Schüler, die Lernstoff aufholen wollen,

167 unterstützen wir durch zusätzliche Angebote. Corona hat uns die Bedeutung des Lernens mit
168 digitalen Medien nochmal vor Augen geführt. Digitale Lernkonzepte müssen noch stärker in Angriff
169 genommen werden. Mit den Mitteln des DigitalPakts und des Sofortausstattungsprogrammes. haben
170 wir die Ausstattung in den Schulen deutlich vorangetrieben – mit Tablets oder Laptops für
171 Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte. Klar ist auch: Das Lernen mit digitalen Medien ist eine
172 wichtige Ergänzung der Methoden in der Schule für eine moderne und zeitgemäße Bildung. Darüber
173 hinaus werden wir in Niedersachsen spätestens zum Schuljahr 2023/2024 Informatik als Pflichtfach
174 einführen.

175 Damit die Schulen Teilhabe und Chancengleichheit vermitteln können, wollen wir unser
176 Ganztagsangebot weiter ausbauen. Wir wollen bei den Grundschulen den Rechtsanspruch auf
177 Ganzttag in einem realistischen Stufenplan umsetzen. Das wird ein gewaltiger Kraftakt von
178 Kommunen und Land, bei dem wir vor allem auch die nachhaltige Beteiligung des Bundes brauchen.

179 Wir wollen, dass es einen kostengünstigen landesweiten ÖPNV-Tarif für alle jungen Menschen, die
180 in Niedersachsen leben, lernen und sich qualifizieren, in einem barrierefreien ÖPNV gibt. Wir starten
181 dabei zunächst mit einem regionalen verbilligten Jugendticket. Außerdem wollen wir weiter den
182 Schülerverkehr für alle Schülerinnen und Schüler sowie Azubis kostenlos machen. So können junge
183 Menschen aktiver und eigenständiger unterwegs sein – und das nachhaltig und unabhängig vom
184 Geldbeutel ihrer Eltern.

185 **4. Wir gestalten Strukturwandel und sichern Beschäftigung.**

186 Die Pandemie hat zu einer abrupten Vollbremsung unserer Wirtschaft geführt - durch den Shutdown
187 in Deutschland und noch viel mehr durch die gestörten Lieferketten mit anderen Staaten. Die
188 Auswirkungen dieser Vollbremsung sind für die Lage der niedersächsischen Unternehmen und für
189 die Arbeitsplätze einschneidend. Die Vollbremsung hat den notwendigen Transformationsprozess
190 leider sogar beschleunigt. Der Digitalisierungsprozess verläuft nun noch schneller, die
191 Einschränkungen der Globalisierung drohen spürbarer zu werden und die Strukturanpassungen für
192 den Klimaschutz machen keine Pause.

193 Wir wollen diesen Prozess zusammen mit den Unternehmen und ihren Belegschaften gestalten. Es
194 darf nicht dazu kommen, dass der notwendige Umbau auf dem Rücken der Beschäftigten
195 ausgetragen wird. Leitbild muss deshalb sein, dass die Unternehmen selbst in ihre Zukunftsfähigkeit
196 und in die Qualifikation investieren. Gerade angesichts der tiefen Wirtschaftskrise muss der Staat
197 diesen Prozess aktiv unterstützen.

198 In Niedersachsen ergänzen wir die Förderung des Bundes durch eigene Überbrückungs- und
199 Investitionshilfen. Damit stützen wir unsere niedersächsischen Unternehmen. Neben dem
200 Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes wollen wir auch in Niedersachsen einen
201 Beteiligungsfonds auflegen. Dieser niedersächsische Transformationsfonds soll kleinen und
202 mittleren Unternehmen in der Automobilzuliefererwirtschaft bei der Bewältigung der aktuellen Krise
203 überleben helfen.

204 Viele Unternehmen haben die Zeit des Shutdown für Qualifizierungen für die Arbeit von morgen
205 genutzt. Denn die Arbeit ist zwar im Wandel, aber der Mensch ist dabei nicht ersetzbar. Wir wollen
206 unsere niedersächsischen Hochschulen und berufsbildenden Schulen enger mit der Weiterbildung
207 verzahnen. Das niedersächsische Bildungsfreistellungsgesetz wollen wir für Weiterbildung in
208 Transformationsprozessen besser nutzbar machen. Langfristig wollen wir im Rahmen einer
209 solidarischen Arbeitsversicherung einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und eine
210 Qualifizierungsgarantie einführen. Und wir wollen in den Betrieben das Initiativrecht der Betriebsräte

211 für Weiterbildung und damit die Interessen der Beschäftigten in der betrieblichen Weiterbildung
212 stärken.

213 Mit einem Aktionsplan Ausbildung stärken wir Auszubildende und Ausbildungsbetriebe in diesem
214 schwierigen Corona-Jahr: Bestehende Ausbildungsverhältnisse können durch Lohnkosten-
215 zuschüsse zu Ende geführt werden. Ausbildungsbetriebe, die Auszubildende aus Insolvenz-
216 betrieben übernehmen, werden unterstützt. Auszubildende, die für einen Ausbildungsplatz weite
217 Wege akzeptieren oder sogar umziehen, bekommen eine Prämie. Gemeinsam mit den vorhandenen
218 Strukturen der Partnerinnen und Partner und unseren berufsbildenden Schulen bauen wir zudem
219 eine „Brücke in Ausbildung“. Das Ausbildungsjahr 2020 darf weder für die jungen Menschen, die
220 sich am Übergang in ihr berufliches Leben befinden, noch für die Betriebe ein verlorenes Jahr sein.

221 Als Land mit einer Exportabhängigkeit wissen wir, wie wichtig für unseren Wohlstand die weltweiten
222 Wirtschaftsbeziehungen sind. Trotzdem werden wir uns die Frage stellen müssen, wie wir unsere
223 Wirtschaft robuster und resilienter gegen Krisen aufstellen können. Wir brauchen eine gemeinsame
224 Strategie der Europäischen Union für innereuropäische Wertschöpfungsketten in wichtigen
225 Technologiebereichen wie der künstlichen Intelligenz, der Umwelttechnologie, der Medizin und des
226 Gesundheitswesens, um globale Wirtschaftsbeziehungen und Lieferketten nachhaltig, fair und
227 robust zu gestalten. Dazu brauchen wir weitere Verbesserungen im regelbasierten Handel und eine
228 verbindliche Sorgfaltspflicht (Lieferkettengesetz) in Bezug auf die Einhaltung von Arbeits- und
229 Umweltstandards, Risikomanagement, unabhängige Prüfungen und Transparenz.

230 Aus dem Shutdown können wir auch lernen. Unsere Arbeitswelt nach der Pandemie wird auch in
231 ihrer Organisation eine andere sein. Die Pandemie hat gezeigt: Wir können effizient arbeiten und
232 auf nicht notwendige Reisen verzichten. Deshalb wollen wir das Recht auf Homeoffice inklusive
233 notwendiger Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten. Wichtig ist aber
234 auch: Durch die Krise dürfen sich keine Muster verfestigen, die schon vorher problematisch für eine
235 demokratische Gesellschaft waren. Wir setzen uns für eine faire Arbeitsteilung zwischen den
236 Geschlechtern ein.

237 Soziale Marktwirtschaft beginnt mit guter Sozialpartnerschaft und verbrieften Mitbestimmungs-
238 rechten. Immer häufiger erleben wir in den vergangenen Jahren aber, dass der Gedanke dieses
239 Miteinanders nicht genutzt wird für ein nachhaltiges Aufstellen der Unternehmen, sondern dass
240 kurzfristige Profitorientierung eher versucht ist, dieses zu umgehen. Offensichtlich reichen heute die
241 gut 50 Jahre alten Regelungen zur Mitbestimmung und Betriebsverfassung nicht mehr, um die
242 bevorstehende Transformation erfolgreich und sozialverträglich zu gestalten. Das Betriebs-
243 verfassungsgesetz muss in wesentlichen Fragen erweiterte Initiativrechte für den Betriebsrat
244 enthalten. Und in Aufsichtsräten muss im Konfliktfall die/der Aufsichtsratsvorsitzende, als neutrales
245 Mitglied zwischen Kapital- und Arbeitnehmerseite vermitteln, damit bei dramatischen Eingriffen in
246 das Unternehmen nicht einfach über die Arbeitnehmerbank hinweg mehrheitlich beschlossen
247 werden kann. Nur so gelingt eine Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe.

248 Wir gestalten den Strukturwandel in Niedersachsen, wie der von uns initiierte Strategiedialog
249 Automobilwirtschaft zeigt. Hier erarbeiten VW, die Zulieferer und die Arbeitnehmervertretungen
250 gemeinsame Maßnahmen in diesem Transformationsprozess. Erste Ergebnisse sind sichtbar:
251 Bundesweit einmalig haben die Sozialpartner Transformationslotsen auf den Weg gebracht.
252 Meisterinnen und Meister oder Technikerinnen und Techniker sollen zu Spezialistinnen und
253 Spezialisten für ihr Unternehmen bei der digitalen Transformation ausgebildet werden. Experten in
254 Transformationshubs beraten zu Beschäftigtenqualifizierung. Und bei den KMUs werden
255 VeränderungsMacher ausgebildet.

256 Wir wollen Arbeitslosigkeit verhindern, bevor sie entsteht, und auch im Wandel für Schutz und
257 Chancen sorgen. Jede und jeder Beschäftigte soll deshalb im Wandel die Unterstützung bekommen,
258 die notwendig ist, um Arbeitsplätze zu sichern oder neue Perspektiven zu schaffen.

259 In Niedersachsen sind aktuell nur noch 56 % der Beschäftigten durch ein tarifliches Arbeitsverhältnis
260 geschützt. Ob im Pflegebereich, der Fleischindustrie, im Einzelhandel oder im Handwerk, immer
261 häufiger verweigern Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber den Abschluss von Tarifverträgen. Für uns
262 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt weiterhin, dass jede und jeder von ihrem und
263 seinem Einkommen gut leben können muss. Die niedersächsische SPD setzt sich dafür ein, die
264 Tarifbindung in den nächsten Jahren trotz oder gerade auch wegen der schwierigen Zeiten wieder
265 zu stärken. Primär liegt dies in der Verantwortung der Arbeitgeber. Öffentliche Aufträge dürfen in
266 Niedersachsen bereits jetzt nur an Tarifbetriebe vergeben werden. Wichtig ist es gerade jetzt, auch
267 eine gezielte Wirtschaftsförderung für Betriebe an die Einhaltung und Anwendung von Tarifverträgen
268 zu binden. Bundesweit muss zudem die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
269 erleichtert werden. Wir fordern eine Abschaffung des Vetorechts der Arbeitgeberverbände.

270 Niedersachsen muss Vorreiter für kluge und innovative Ansätze werden. Dafür stärken wir den
271 Forschungsstandort Niedersachsen – auch durch die Einrichtung neuer IT- und KI- Campus in
272 Oldenburg bzw. Hannover. Innovationen und Ideen müssen dafür wieder verstärkt aus
273 Niedersachsen kommen.

274 Wir brauchen Hochschulen, die sich neben ausgezeichneter Lehre und Forschung der „third
275 mission“ (Bindeglied und Multiplikator zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft) widmen.
276 Und wir wollen auch in den Unternehmen Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau halten,
277 weshalb wir mit den Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes insbesondere
278 transformationsrelevante Innovationen und Innovationscluster fördern. Wir brauchen Reallabore zur
279 besseren Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft und zur Förderung des Wissens- und
280 Technologietransfers. Die drei vom Bund ausgewählten Reallabore Energiewende sind ein
281 niedersächsischer Erfolg, den es auszubauen gilt. StartUps werden in der Krise nicht alleine
282 gelassen – auch durch das von Bund und Land finanzierte Förderprogramm, mit dem KMUs und
283 Startups Beteiligungskapital zur Verfügung gestellt wird. Denn Fakt ist: Die sozial-ökologischen
284 Transformationsprozesse gelingen nur mit moderner Forschung und Innovation.

285 Unser Land braucht einen Digitalisierungsschub. Ganz vorneweg brauchen wir eine bessere digitale
286 Infrastruktur – angefangen bei flächendeckenden glasfaserbasierten Gigabit-Netzen, die in
287 Niedersachsen bis 2025 stehen müssen. Nur so funktioniert der Wechsel von Präsenz in mobiles
288 Arbeiten, aber auch die Möglichkeit von Beteiligung in Zeiten, wo man sich nicht von Angesicht zu
289 Angesicht austauschen kann. Die Erfahrungen in der Corona- Zeit werden die Arbeitswelt nachhaltig
290 verändern. Niedersachsen ist mit seinen guten Lebensbedingungen und der einzigartigen
291 Landschaft ein Ort für viele verschiedene Lebensentwürfe, für Jung und Alt und insbesondere für
292 Familien. Denn hier lässt es sich einfach gut leben. Das ist ein Standortvorteil, den wir mit einer
293 hervorragend ausgebauten digitalen Infrastruktur in vielen gesellschaftlichen Bereichen nutzen
294 müssen. Mit dem Masterplan Digitalisierung sorgt die Landesregierung für verlässliche
295 Rahmenbedingungen in einem laufenden digitalen Transformationsprozess. Die digitale Kompetenz
296 aller Menschen ist der zentrale Schlüsselfaktor für eine gute digitale Perspektive des ganzen
297 Landes.

298 Niedersachsen braucht einen langfristig angelegten Investitionspfad, der eine verlässliche Planung
299 und Durchführung in von öffentlichen Investitionen für die Zukunftsfähigkeit des Landes notwendigen
300 Investitionsfelder ermöglicht. Das Corona- Konjunkturpaket ist hierfür ein erster Schritt. Mittelfristig
301 brauchen wir aber ein Investitionsinstrument, das konform mit Schuldenbremse und Fiskalpakt

302 Spielräume eröffnet. Gemeinsam mit den Gewerkschaften plädieren wir daher für die Einrichtung
303 eines Niedersachsenfonds.

304 **5. Sicherheit durch eine starke und bürgernahe Polizei**

305 Die Polarisierung der Gesellschaft hat vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie zugenommen.
306 Insbesondere Rechtsextremisten und -populisten versuchen die aktuelle Lage für ihre Zwecke zu
307 missbrauchen. Eine besonders aggressive Minderheit aus Rechtspopulisten und
308 Verschwörungstheoretiker nutzt die Situation für Angriffe auf unsere Demokratie und Diffamierungen
309 der Repräsentantinnen und Repräsentanten unseres Rechtsstaats. Gleichzeitig stehen unsere
310 Polizistinnen und Polizisten, die tagtäglich mit beeindruckendem Engagement und Einsatz diesen
311 Rechtsstaat schützen, unter besonderem Druck und sind massiven verbalen Anfeindungen und
312 auch körperlichen Attacken ausgesetzt.

313 Gerade jetzt ist daher eine starke, verantwortungsbewusste und bürgernahe Polizei von zentraler
314 Bedeutung. Dafür haben wir in Niedersachsen frühzeitig die Grundlage gelegt. Aktuell mehr als
315 22.000 Stellen im Polizeivollzug stellen einen historischen Höchststand dar. Mit über 3.500
316 Studierenden in der Polizeiakademie Niedersachsen befinden wir uns weiter auf einem sehr hohen
317 Niveau. Stellenhebungsprogramme und fortlaufend bessere Ausstattung stärken die Attraktivität des
318 Polizeiberufs. Unsere Polizistinnen und Polizisten erhalten damit die Unterstützung und die
319 Arbeitsbedingungen, die sie benötigen. Diesen eingeschlagenen Weg werden wir fortführen. Wir
320 sorgen so dafür, dass unser demokratischer Staat handlungsfähig bleibt und sich Staatsfeinden
321 weiterhin deutlich entgegenstellen kann.

322 Bereits heute stellen die Stärkung demokratischer Resilienz und die Wahrung der Werte unserer
323 freiheitlichen demokratischen Grundordnung zentrale Elemente der polizeilichen Aus- und
324 Fortbildung dar. Die Einstellung zu demokratischen Grundwerten wird schon beim
325 Aufnahmeverfahren in den Polizeiberuf intensiv geprüft. Diese Elemente wollen wir weiter stärken.
326 Vereinzelt Vorfälle in der Polizei sorgen dafür, dass die gute Polizeiarbeit in Misskredit gebracht
327 wird. Dennoch ist jeder Fall einer zu viel. Um die überwältigende Mehrheit der rechtsstaatlich
328 handelnden Polizeibeschäftigten zu unterstützen, wollen wir daher gemeinsam mit Bund und
329 Ländern eine fundierte wissenschaftliche Studie zur demokratischen Resilienz der Polizei
330 durchführen. Dabei sollen die polizeiliche Praxis und die zugrundeliegenden Bedingungen und
331 Strukturen, die das polizeiliche Handeln prägen, untersucht werden.

332 Den Ansatz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu diesem Thema unterstützen und berücksichtigen
333 wir. Wir stellen uns gegen jede Pauschalierung und werden die Studie im vertrauensvollen Dialog
334 mit den Polizeipersonalvertretungen durchführen. Wir unterstützen die wichtige Arbeit unserer
335 Polizei, damit das berechtigte hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Polizeiarbeit dauerhaft Bestand
336 hat und die Menschen sich in Niedersachsen weiter sicher fühlen können.

337 **6. Klimaschutz und Arbeit - neue Perspektiven für Niedersachsen schaffen.**

338 Niedersachsen ist das zweite Land, das den Klimaschutz in die Landesverfassung aufnehmen wird.
339 Das von uns vorgelegte Klimagesetz enthält anspruchsvolle CO₂- Minderungsziele, will die
340 Landesverwaltung bis 2050 weitgehend klimaneutral machen, schreibt den Erhalt und die
341 Vermehrung von Wäldern und Mooren vor und unterstützt klimaschonende Mobilität. Unser Ziel ist:
342 Wir wollen Klimaschutzland Nr. 1 werden!

343 Dazu wollen wir die Energieversorgung bis spätestens 2050 komplett auf erneuerbare Energien
344 umstellen. Fast 50 Milliarden kWh Strom wurden 2019 in Niedersachsen aus erneuerbaren Energien
345 produziert. Jede fünfte in Deutschland regenerativ erzeugte Kilowattstunde Strom war damit „Made

346 in Niedersachsen“. Doch wir brauchen mehr: Der Strombedarf für das Jahr 2030 muss deutlich höher
347 als bisher angesetzt werden. Der grüne Strom ist die Grundlage für konsequenten Klimaschutz. Der
348 Bund muss den Weg endlich freimachen für mehr erneuerbare Energie, die wir fürs Heizen, Fahren,
349 Wärmen, Produzieren und für vieles andere mehr zwingend brauchen. Wenn wir den Anteil
350 erneuerbarer Energien am Strombedarf auf 65% bis 2030 steigern wollen, brauchen wir einen
351 gesicherten Zubau von mindestens vier Gigawatt jährlich an Windenergie an Land.

352 Allein 2020 fällt in Niedersachsen ein Gigawatt aus der Förderung, in Deutschland sind es in den
353 nächsten fünf Jahren 15 Gigawatt. Erste Priorität muss das Repowering an den Standorten haben.
354 Dafür brauchen wir dringend Erleichterungen im Bereich der Höhenregelungen, des Artenschutzes
355 und der Genehmigungsverfahren. Für die Windenergie auf See müssen zügig die
356 Rahmenbedingungen für den gesicherten Ausbau von 20 Gigawatt bis 2030 gestellt werden. Dazu
357 brauchen wir ein Ausschreibungsmodell, das diesen Ausbau nicht gefährdet. Im Bereich der
358 Photovoltaik müssen wir endlich den Weg für ein einfaches Mieterstrommodell freimachen.

359 Das gilt umso mehr, da sich die EU voraussichtlich bis zum Ende des Jahres ambitioniertere
360 Klimaschutzziele gibt. Der Europäische Green Deal bietet aus sozialdemokratischer Sicht die
361 historische Chance, die sozial-ökologische Wende gerecht zu gestalten. Dabei ist Niedersachsen
362 wie kein anderes Bundesland betroffen:

363 Wir sind Land der Erneuerbaren Energien, ohne die der Klimaschutz nicht gelingt. Die EU muss im
364 Rahmen der Revision der Erneuerbaren Energien Richtlinie für einen stärkeren Ausbau sorgen.

365 Wir haben eine starke Landwirtschaft, die für ihren Klimaschutzbeitrag Unterstützung aus der
366 Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten muss. Und wir sind Industrieland und wollen es bleiben. Daher
367 muss die EU nicht nur neue Reduktionsziele vorgeben, sondern auch verlässliche Wege für die
368 Industrie aufzeigen. Nur mit Planungssicherheit und Unterstützung von Seiten der EU kann eine
369 sozial- gerechte Transformation gelingen: das betrifft die Bereiche Wasserstoff- Strategie, Gebäude-
370 Energieeffizienz und auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Klar ist auch, dass
371 wir die Verlagerung von Emissionen in Regionen mit weniger strikten Klimaschutzvorgaben
372 verhindern müssen (Carbon-Leakage-Schutz).

373 Neben aller dringend notwendigen Klimaschutzmaßnahmen erfährt die Anpassung an die bereits
374 eingetretenen bzw. nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels zunehmende Bedeutung.
375 Denn bereits heute sind die Auswirkungen der Erderwärmung für die Menschen auch in
376 Niedersachsen deutlich sicht- und spürbar. Die Folgen der bereits stattgefundenen und sich weiter
377 verstärkenden Erderwärmung sind mit erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit und den
378 Wohlstand der Menschen sowie die Ökosysteme verbunden. Hitzeperioden, Dürren, Hochwasser
379 und Überschwemmungen durch Starkregenereignisse führen zu umfangreichen Schäden. Hier
380 wirksame Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen, ist eine zentrale Aufgabe für die SPD in
381 Niedersachsen. Allein unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit sind wir verpflichtet,
382 die Klimafolgen für unsere Kinder und Enkel bestmöglich abzumildern. Alle Anpassungsmaßnahmen
383 sind am Vorsorgeprinzip auszurichten, um Menschen und Güter zu schützen.

384 Gegenwärtig prioritäre Handlungsfelder der Anpassung an die Folgen der Erderwärmung sind in
385 Niedersachsen insbesondere: Der Küsten-, Deich- und Inselfchutz, der Hochwasserschutz im
386 Binnenland, die Wasserversorgung sowie die Land- und Forstwirtschaft. In Niedersachsen hat der
387 Schutz der Menschen in den sturmflutgefährdeten Gebieten an der Küste und den ostfriesischen
388 Inseln herausragende Bedeutung. Hier geht es um die Sicherung von menschlichen Lebensraum
389 und Existenzen. Dies alles ist durch den fortschreitenden Klimawandel bedroht.

390 Mit Maßnahmen in Küsten- und Hochwasserschutz, in klimaresiliente Wiederaufforstung und der
391 Förderung von Wassermanagementkonzepten investieren wir auch in die Anpassung an die Folgen
392 der Erderwärmung. Wir haben es erreicht, dass insgesamt eine Milliarde Euro für Klimaschutz und
393 Klimafolgenanpassungsmaßnahmen bereitstehen. Wir werden zusätzlich die niedersächsischen
394 Kompetenzen stärken, Klimaprojektionen für die Zukunft durchführen, um so die Beratung für
395 konkrete Anpassungsmaßnahmen beispielsweise für die Kommunen, Deich- und
396 Beregnungsverbände zu optimieren.

397 Wir werden aufbauend auf das sich derzeit in Arbeit befindende niedersächsische
398 Wasserversorgungskonzept landesweit überregional bedeutsame Maßnahmen zum
399 Wassermengenmanagement entwickeln, denn Wasser als höchstes Gut menschlichen Lebens wird
400 von uns prioritär betrachtet. Die sichere Wasserbereitstellung für die öffentliche Wasserversorgung,
401 Landwirtschaft und Industrie durch ein klimaangepasstes und vorausschauendes
402 Wassermengenmanagement ist daher unerlässlich, wir werden hierfür den Rahmen schaffen.

403 Wir wollen klimaschonende Mobilität vorantreiben in Niedersachsen. Wir unterstützen die
404 Kommunen bei der Beschaffung von klimaschonendem ÖPNV und setzen auch bei den
405 Schienenfahrzeugen auf klimaschonende Antriebe. Und wir wollen die Mobilität - auch im ländlichen
406 Raum – durch plattformbasierte Shuttle- Dienste, Bürgerbusse und andere neue Mobilitätsformen
407 verbessern. Wir wollen mehr Radwege in Niedersachsen bauen, brauchen aber auch ein
408 systematisches Erhaltungsmanagement für unsere Landesstraßen und Brücken. Mobilität ist eine
409 wesentliche Voraussetzung in einem Flächenland wie Niedersachsen - für wirtschaftlichen
410 Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe.

411 Die erheblichen Klimaschutzpotenziale der Bauwirtschaft sollen genutzt werden. Einen wichtigen
412 Beitrag können hier die moderne Holz- oder Strohballenbauweise leisten, die CO2 speichern statt
413 CO2-Ausstoß zu verursachen. Wir wollen bei öffentlichen Bauten weiterhin mit gutem Beispiel
414 vorangehen und bezahlbares und klimaschonendes Bauen miteinander verbinden.

415 Ein grundlegender Umbau unseres Wirtschaftssystems mit Hilfe von grüner Energie bringt zugleich
416 riesige Chancen für Innovation und Arbeitsplätze mit sich. Klimaschutz und Wirtschaft schließen sich
417 nicht aus. Im Gegenteil. Projekte aus der Stahlindustrie und der Chemie belegen den enormen
418 Bedarf an Wind- und Sonnenenergie für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft. Dazu wird
419 der Wasserstoff nicht nur als weiterer Energieträger, sondern auch als Grundstoff für die
420 Dekarbonisierung sowohl bei der Mobilität, Wärme wie auch bei der Industrie wegweisend sein.

421 Wasserstoff kann das Speicherproblem bei der regenerativen Energieerzeugung lösen und sowohl
422 bei der Mobilität als auch bei der Dekarbonisierung der Industrie wegweisend sein. Wir müssen bei
423 erneuerbar erzeugtem Wasserstoff in die großflächige Anwendung kommen – und zwar im
424 industriellen Maßstab. Niedersachsen bietet durch den Windstrom und große Kavernen im
425 Nordwesten ideale Voraussetzung zum Aufbau einer leistungsstarken Wasserstoffwirtschaft, wenn
426 der Bund endlich völlig unverständliche Hindernisse abschafft. Die liegen vor allem in den
427 zusätzlichen Kosten für den grünen Strom. Wir brauchen eine konsequente und verlässliche
428 Senkung der EEG-Umlage auf zwei Cent und eine Senkung der Stromsteuer. Damit sichern wir die
429 Wettbewerbsfähigkeit der klimaschützenden Technologien und Anwendungen und wir garantieren
430 gleichzeitig den verlässlichen Ausbau der erneuerbaren Energien.

431 Als Land werden wir die finanzielle Förderung verstärken, um unseren Vorsprung als Wind-Land
432 auch in einem Technologievorsprung auszubauen. Wir fördern die Wasserstofftechnologie, die
433 Elektromobilität und alternative Antriebe.

434 Bis 2050 soll die Landesverwaltung weitgehend klimaneutral sein. Wir investieren – auch als
435 Corona-Konjunkturprogramm – in die energetische Sanierung von Landesliegenschaften und die
436 Umstellung des Fuhrparks der Landesverwaltung. Wir fördern Photovoltaik-Batteriespeicher im
437 Wohnungsbau.

438 Mit Maßnahmen in Hochwasserschutz, in klimaresiliente Wiederaufforstung und der Förderung von
439 Wassermanagementkonzepten investieren wir auch in die Anpassung an die bereits stattfindende
440 Erderwärmung. Wir haben es erreicht, dass insgesamt eine Milliarde Euro bereitsteht.

441 **7. Der Niedersächsische Weg ist bundesweites Vorbild beim Natur-, Arten und Gewässer-** 442 **schutz.**

443 Mit dem Niedersächsischen Weg wurde von Natur- und Umweltschutzverbänden, Landwirtschaft
444 und Landesregierung eine bundesweit einmalige Allianz für Natur-, Arten und Gewässerschutz
445 geschmiedet. Der Niedersächsische Weg ist ein Baustein für einen breiten Gesellschaftsvertrag. Die
446 Landwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umwälzungsprozess. Die gesellschaftlichen
447 Erwartungen an die Landwirtschaft im Hinblick auf Arten-, Natur- und Tierschutz sind hoch und
448 werden nun im Niedersächsischen Weg abgebildet. Wir haben uns in einem einmaligen
449 Zusammenschluss über Maßnahmen des Natur-, Arten- und Gewässerschutzes verständigt und
450 werden diese Aufgabe in den nächsten Jahren weiter partnerschaftlich umsetzen.

451 Zu den Vereinbarungen gehören insbesondere die Reduzierung der Bodenversiegelung, der
452 Ausbau des Ökolandbaus und der Biotopverbünde, das Anlegen von
453 Blühstreifen, Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger, die
454 Unterstützung von Maßnahmen in den Natura-2000- Gebieten und die nachhaltige
455 Wiederaufforstung unserer Landesforsten.

456 Der Niedersächsische Weg zeigt, dass wir als Volkspartei in einem ländlich geprägten Bundesland
457 alle relevanten Akteurinnen und Akteure an einen Tisch holen und zu einer für alle Seiten fairen
458 Vereinbarung führen können. Wir verbinden politische Führung mit gesellschaftlichem
459 Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit. Wir wollen in einem guten Miteinander einen
460 gesamtgesellschaftlichen Konsens hinbekommen. Landwirtschaft und Naturschutz sind aufeinander
461 zugegangen und haben sich gemeinsam auf einen Weg verständigt. Alle gemeinsam wollen, dass
462 unsere Natur erhalten bleibt. Und alle gemeinsam wollen, dass die Landwirtschaft für ihre
463 zusätzlichen Aufgaben und Leistungen entlohnt werden. Schützen und nützen ist die Devise dieses
464 ersten Bausteins eines breiten Gesellschaftsvertrages. Nicht gegeneinander, sondern miteinander.
465 Und so wie Landwirtschaft und Naturschutz zusammenpassen, geht es auch anderswo: Artenschutz
466 und Energie oder Klimaschutz und Industrie. Dies wollen wir in Niedersachsen zeigen.

467 **8. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum auch durch eine Landeswohnungs-** 468 **baugesellschaft.**

469 Immer mehr Menschen in Niedersachsen finden keine bezahlbare Wohnung. Der Bau von
470 bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum und Sozialwohnungen muss massiv ausgeweitet werden.
471 Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und das Land Niedersachsen haben das gemeinsame Ziel
472 von 40.000 Wohnungen bis 2030 vereinbart. Das Land hat seine Zusagen eingehalten, eine neue
473 Förderrichtlinie und zusätzliche Landesmittel bereitgestellt. Wir wollen in Niedersachsen wieder eine
474 Landeswohnungsbaugesellschaft errichten – als zusätzliche Akteurin auf dem Wohnungsmarkt. Und
475 wir machen uns für eine soziale Bodenpolitik stark. Wir werden auf allen Ebenen gegen
476 Bodenspekulationen kämpfen. Für uns als SPD gehört zu einer sozialen Bodenpolitik auch die
477 günstige Vergabe von öffentlichen Grundstücken sowie die Ausweitung des Erbbaurechtes.
478 Investieren wollen wir auch in bezahlbares Wohnen für Studierende, was durch die Einbeziehung in

479 die soziale Wohnraumförderung auch besser möglich ist. Und mit dem vorgelegten
480 Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz werden wir menschenwürdige Qualitätsstandards bei
481 der Unterbringung z.B. von Werkvertragsbeschäftigten verpflichtend machen.

482 Gerade in der Pandemie darf soziale Wohnungspolitik nicht die Schwächsten der Gesellschaft,
483 insbesondere wohnungslose Menschen, aus den Augen verlieren. Diese benötigen vor Ort mehr
484 denn je Unterkunft und Hilfe, die auf kommunaler Ebene auch leistbar und finanzierbar sein muss.
485 Mit dem Konzept zur Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen hat das Land u.a. seine
486 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten verstärkt. Mit dem gemeinsamen
487 Modell von Land sowie Stadt und Region Hannover konnte Wohnungslosen zum einen Schutz
488 geboten werden, zum anderen wurden Wege aus der Wohnungslosigkeit durch Beratung und
489 Unterstützung ermöglicht, auch um negative Folgewirkungen von Obdachlosigkeit abzuwenden.
490 Diese positiven Ansätze sollten niedersachsenweit aufgegriffen werden, um echte Perspektiven für
491 eine dauerhafte Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen zu eröffnen.

492 **Fazit**

493 Auch wenn die Pandemie eine Zäsur darstellt, hat sie gleichzeitig den Blick geschärft. Sie hat wie
494 ein Brennglas aufgezeigt, wo Veränderungen notwendig sind. Sei es beim Wandel der Arbeitswelt,
495 der Digitalisierung in einem Flächenland, der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft, den Folgen der
496 Globalisierung und der engen internationalen Verflechtung.

497 Niedersachsen wird gut durch die Krise kommen, wenn wir die richtigen Weichen stellen. Und für
498 diese Weichen steht die SPD: Wir sind für Klimaschutz und wollen weiter Industrie im Land halten.
499 Wir sind für Artenschutz und wollen erneuerbare Energien ausbauen. Wir wollen die Chancen der
500 Digitalisierung und neuen Technologien nutzen und Arbeitsplätze in Niedersachsen halten. Und wir
501 wollen zeigen, dass Landwirtschaft und Naturschutz zusammengehen. Um das zu erreichen,
502 müssen wir weiter in die Zukunft investieren und unter Führung der SPD werden wir dies auch tun!

503 Niedersachsen ist ein starkes Land und kann selbstbewusst nach vorne gucken: mit Solidarität,
504 Zusammenhalt, mit der Stärke der Gemeinschaft, einem handlungsfähigen Staat sowie einem klaren
505 Zukunftskurs werden wir den Weg aus der Krise erfolgreich gehen.

Antrag 2: Bußgelderhöhung für illegale Abfallentsorgung

Antragsteller/in:	OV Ehmen-Möhrse
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion
Beschluss:	Annahme und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion
Abstimmungsergebnis:	Ja: (95,714%) 134 Nein: (4,286%) 6 Enthaltung: 7 Gültige Stimmen: 147

- 1 Die Menge des Mülls, welcher illegal in der Landschaft entsorgt wird, hat in den letzten Jahren stark
- 2 zugenommen. Neben der optischen Beeinträchtigung ist dies bezüglich der Entstehung von
- 3 Mikroplastik und für Wildtiere kritisch.

- 4 Als einfache Maßnahme zur Reduzierung des bewusst in die Umwelt eingebrachten Mülls beantragt
- 5 der Landesparteitag, dass das Bußgeld für die illegale Entsorgung von Abfällen in Niedersachsen
- 6 auf mindestens 50 € angehoben wird

Antrag 3: Keine Verwendung von Einwegplastik-Werbematerial

Antragsteller/in:	UB Cuxhaven		
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme und Weiterleitung an den Parteivorstand und den SPD-Shop		
Beschluss:	Annahme und Weiterleitung an den Parteivorstand und den SPD-Shop		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(92,308%)	132
	Nein:	(7,692%)	11
	Enthaltung:		5
	Gültige Stimmen:		148

- 1 Die SPD und ihre Untergliederungen verzichten künftig für Werbezwecke zu Wahlen und anderen
- 2 Veranstaltungen auf die Verwendung von Einwegplastik.

Antrag 4: Vertrauen in Sicherheitsbehörden stärken

Antragsteller/in:	UB Cuxhaven		
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion		
Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(86,131%)	118
	Nein:	(13,869%)	19
	Enthaltung:		8
	Gültige Stimmen:		145

1 Die SPD Niedersachsen begrüßt ausdrücklich den Vorstoß des sozialdemokratisch geführten
2 Innenministeriums rechtsextremistische Tendenzen innerhalb der Sicherheitsbehörden des Landes
3 wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Um nicht länger in der von vielen Seiten emotional
4 geführten Diskussion ohne Fakten zu argumentieren, ist es unerlässlich, belastbare
5 wissenschaftliche Erkenntnisse zu erlangen. So kann Vertrauen der Bevölkerung in die
6 Sicherheitsbehörden und Vertrauen der Sicherheitsbehörden in die Politik wieder hergestellt
7 werden. Wir sind überzeugt, dass eine wissenschaftliche Untersuchung insbesondere im Sinne der
8 Polizei und auch der anderen Sicherheitsbehörden ist, denn so wird denjenigen, die fest auf dem
9 Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, Gewicht gegeben, so wird der
10 Instrumentalisierung der Sicherheitsbehörden durch RechtsextremistInnen die Grundlage entzogen
11 und zugleich wird deutlich sein, an welchen Stellen, Handlungsbedarf bei Aus- und politischer
12 Bildung, bei Aufsicht und Strafverfolgung bestehen kann und Anpassungen des Rechtsrahmens
13 vorgenommen werden müssen.

14 Für uns ist klar: rechtsextremistisches, menschenfeindliches Gedankengut darf keinen Platz finden
15 in unserer Mitte, und erst recht nicht bei denen, die unsere Sicherheit gewährleisten. Niedersachsen
16 geht damit im Kampf gegen Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze voran. Wir fordern die
17 Bundesländer auf, dem Beispiel zu folgen und sich diesem Vorgehen mit eigenen Studien
18 anzuschließen. Wir fordern zudem den Bundesinnenminister Horst Seehofer und den Bund auf,
19 ebenfalls zur Aufklärung und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden
20 eine eigene Studie nicht länger zu blockieren.

21 Die wissenschaftliche Untersuchung des Problems Rassismus und rechtsextremistische Gesinnung
22 in den Sicherheitsorganen kann jedoch nur der erste Schritt sein. Zukünftig muss über weitere
23 Maßnahmen nachgedacht werden, welche Betroffenen von Diskriminierung konkret helfen – etwa
24 die Einführung einer unabhängigen Kommission für Beschwerden in Polizeiangelegenheiten mit
25 eigener Ermittlungskompetenz.

26 Die SPD-Landtagsfraktion wird ersucht, diese Überlegung in ihre fachlichen Begleitung der Arbeit
27 des Innenministeriums einfließen zu lassen.

Antrag 5: Gesetzlicher Schutz der Begriffe „Barrierefreiheit / barrierefrei“

Antragsteller/in:	UB Cuxhaven		
Empfehlung der Antragskommission:	Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion zur weiteren Bearbeitung		
Beschluss:	Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion zur weiteren Bearbeitung		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(97,710%)	128
	Nein:	(2,290%)	3
	Enthaltung:		3
	Gültige Stimmen:		134

- 1 1. Der Begriff „barrierefrei“ ist ebenfalls gesetzlich zu schützen, damit für jedermann verständlich,
2 klar und deutlich ist, dass damit die Barrierefreiheit gemäß der DIN 18040 in der jeweils gültigen
3 Fassung gemeint ist.
- 4 2. Die Begriffe “Barrierefreiheit / barrierefrei” müssen gesetzlich geschützt werden. Nur wenn die
5 DIN 18040 komplett umgesetzt ist darf der Begriff “Barrierefreiheit” benutzt werden. Die Politik
6 muss hierfür die gesetzlichen Regelungen schaffen.
- 7 3. Die Begriffe Barrierefreiheit und barrierefrei dürfen nur verwendet werden, wenn ein Zugang
8 ohne Einschränkung oder Nachbesserung für nichtsehende, nichthörende und in ihrer Mobilität
9 eingeschränkte Menschen möglich ist.

Antrag 6: Bundesweites Verbot von Reichskriegsflaggen in der Öffentlichkeit

Antragsteller/in:	UB Cuxhaven
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung
Abstimmungsergebnis:	Ja: (100%) 145 Nein: (0%) 0 Enthaltung: 1 Gültige Stimmen: 146

1 Die SPD Niedersachsen begrüßt das beherzte Vorgehen des sozialdemokratisch geführten
2 Innenministeriums und der SPD-geführten Landesregierung, welche das öffentliche Zeigen von
3 Reichsfahnen und Reichskriegsflaggen in Niedersachsen per Erlass untersagt haben. Beide Fahnen
4 sind klare Erkennungszeichen für rechtsextremistische Gruppierungen. Wer diese Fahnen
5 schwenkt, zeigt damit eine verfassungsfeindliche Haltung. Sie symbolisieren den Wunsch nach
6 Rückkehr zur autoritären und undemokratischen Zeit, in der weder gewählt wurde, noch alle
7 Menschen gleich an Rechten waren, sie stehen zudem für expansive, gewalttätige
8 Großreichsphantasien, die den europäischen Kontinent in verheerende Kriege stürzten und
9 unzählbare Menschenleben kosteten. Die Farben Schwarz-Weiß-Rot wurden von den
10 NationalsozialistInnen ab 1933 übernommen. Sie stehen damit für die Ablehnung der Werte der
11 Bundesrepublik in Gänze, für die Abkehr von Demokratie, Freiheit und Gleichheit.

- 12 1. Wir fordern deshalb ein bundesweites Verbot von Reichskriegsflaggen und Reichsfahnen
13 in der Öffentlichkeit.
- 14 2. Wir fordern zudem dass Reichskriegsflaggen als rechtsextremistisches Symbol
15 eingestuft werden.

Antrag 7: Woher nehmen und nicht stehlen? - Für eine aktive Wohnraumpolitik!

Antragsteller/in:	Jusos Niedersachsen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung und Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung und Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion
Abstimmungsergebnis:	Ja: (98,582%) 139 Nein: (1,418%) 2 Enthaltung: 4 Gültige Stimmen: 145

1 In den vergangenen Jahrzehnten war eine Abwanderung der städtischen Bevölkerung aus der
2 Kernstadt in das städtische Umland in Deutschland zu beobachten. Seit einiger Zeit ist allerdings
3 auch ein gegenläufiger Trend „die Reurbanisierung“ zu beobachten. Großstädte haben aufgrund der
4 vielfältigen Freizeitmöglichkeiten und natürlich auch wegen des im Vergleich zu ländlichen Gebieten
5 höheren Angebots an Arbeitsplätzen an Attraktivität gewonnen. Immer häufiger möchten also
6 Menschen aus umliegenden Bezirken oder Gemeinden in die Großstadt ziehen, da sich so lange
7 Wege zur Arbeit vermeiden lassen und das Angebot an Bildung und Kultur größer ist. Diese
8 gestiegene Nachfrage nach Wohnungen in zentralen Lagen größerer Städte führt jedoch auch zu
9 steigenden Mieten. Der gestiegenen Nachfrage steht jedoch kein steigendes Angebot gegenüber.
10 Im Gegenteil sorgt die häufige Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu einer
11 zusätzlichen Verknappung bezahlbaren Wohnraums. Aber auch der demografische Wandel spiegelt
12 sich nur in unzureichendem Maße im Wohnungsangebot wider. Neben der allseits bekannten
13 Alterung der Gesellschaft hat die Zahl der Singlehaushalte in den vergangenen Jahren spürbar
14 zugenommen. Trotzdem ist das Angebot an kleineren Wohnungen zu begrenzt, um den Bedarf zu
15 decken. Besonders eklatant ist dieses Problem in Hochschulstädten, wo der Bedarf an kleinen,
16 preisgünstigen Wohnungen in Zentrumsnähe besonders hoch ist. Beispielhaft für dieses
17 bundesweite Phänomen ist die Wohnraumlage in der Stadt Braunschweig. Zwar sind die
18 Bestandsmieten, also die Mietpreise bestehender Mietverträge, im Durchschnitt relativ niedrig. Auf
19 der anderen Seite steigen die Angebotsmieten hingegen stark an.

20 Soziale Entmischung und die gesellschaftlichen Folgen

21 Stark steigende Mieten vor allem in Wohnvierteln mit bisher moderatem Mietpreisniveau befördern
22 die zunehmende Verdrängung der ansässigen Bevölkerung. Zwar geschieht dies weniger häufig bei
23 einem bestehenden Mietvertrag. Aber wenn sich die Lebenssituation ändert und die vorhandene
24 Wohnung nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, muss man oft feststellen, dass die
25 Angebotsmieten erheblich höher sind als der bisherige Mietpreis pro Quadratmeter. Die Folge ist
26 vielfach, dass man im heimischen Viertel keine bezahlbare Wohnung mehr finden kann und somit
27 gezwungen wird, die gewohnte Umgebung und damit auch das soziale Umfeld zu verlassen. Es
28 setzt also ein schleichender Prozess ein, während dessen ein Wohnviertel mit heterogener sozialer
29 Zusammensetzung, in dem auch Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine Wohnung
30 finden konnten, zu einem Quartier mit nahezu ausschließlich wohlhabenderer Bevölkerung wird. Für
31 eine Gesellschaft kann eine solche soziale Entmischung nicht gut sein. Ein verengter Blick
32 ausschließlich auf Menschen mit ähnlichen finanziellen Möglichkeiten oder ähnlichem
33 Bildungshintergrund leistet letztlich einer zunehmenden Entsolidarisierung Vorschub. Die
34 Ungleichheiten in unserer Gesellschaft werden darüber hinaus auch noch verstärkt, wenn steigende
35 Mieten in wirtschaftlich wachsenden Ballungsräumen und Großstädten dazu führen, dass
36 finanzschwache Menschen von den Möglichkeiten in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sicht
37 solcher Regionen ausgeschlossen werden. Auch wer dadurch nicht die Möglichkeit hat, in der Nähe
38 des Arbeitsplatzes oder der Hochschule zu leben und zum Pendeln gezwungen ist, wird wertvoller
39 Zeit für Familie, Freunde oder andere Aktivitäten beraubt.

40 **Den Wohnungsmarkt aktiv gestalten**

41 Durch die Einführung der Mietpreisbremse wurde signalisiert, dass man der zunehmend
42 angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt vieler Großstädte und Ballungsräume nicht tatenlos
43 gegenüberstehen will. Wenn sie allerdings tatsächlich eine vorbeugende Wirkung haben soll, darf
44 sie nicht bloß dort angewendet werden, wo überproportionale Mietpreissteigerungen bereits
45 stattgefunden haben. Eine bereits einsetzende Verdrängung finanzschwacher Mieter*innen und die
46 resultierende soziale Entmischung lassen sich durch eine Begrenzung der Mietsteigerungen kaum
47 umkehren. Die Mietpreisbremse muss deutlich verschärft werden.

48 So sinnvoll gesetzliche Regelungen zur Begrenzung von Mietsteigerungen auch sind, so sind sie
49 doch kein Allheilmittel. Wir fordern eine aktive Rolle der Kommunen bei der Gestaltung des
50 Wohnungsmarktes vor Ort. Städte und Gemeinden müssen stadtplanerische Leitbilder entwickeln,
51 die sich in erster Linie an den Bedürfnissen von Menschen orientieren, die auf bezahlbaren und
52 angemessenen Wohnraum angewiesen sind. Zudem muss auch die veränderte Zusammensetzung
53 und Lebensweise der Bevölkerung Berücksichtigung finden. Eine Planungspolitik, welche die
54 Entwicklung von Quartieren weitgehend jenen Akteuren überlasst, die eine möglichst hohe Rendite
55 erzielen müssen, kann nicht im Interesse sozial durchmischter und somit vielfältiger und
56 lebenswerter Städte sein. Die planungspolitischen Instrumente, die das Baugesetzbuch bietet,
57 müssen zur Umsetzung einer sozialen Stadtplanung offensiv angewendet werden.

58 Für die Umsetzung der Ziele einer sozialen Stadtplanung kommt den öffentlichen
59 Wohnungsbaugesellschaften - vor allem den kommunalen - eine Schlüsselrolle zu. Die
60 Privatisierungspolitik, die den Bestand an Wohnungen der öffentlichen Hand seit Beginn des letzten
61 Jahrzehnts spürbar reduziert hat, muss ein Ende haben. Im Gegenteil, wir brauchen eine verstärkte
62 Investitionstätigkeit im kommunalen Wohnungsbau, um den Bestand zu sichern.

63 **Eigentum verpflichtet – Leerstand bekämpfen!**

64 Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf gemeinwohlverträgliche Nutzung von Eigentum. Wenn ein
65 besonders gemeinschaftsschädlicher Gebrauch von Eigentumsrechten gegeben ist, muss demnach
66 die Rechtsgemeinschaft hiergegen vorgehen können. Eine solche krass unsoziale Nutzung ist aus
67 unserer Perspektive im Verwahrlosenlassen von Miet- und Wohnraum in Ballungszentren mit
68 großen Problemen im Miet- und Wohnungsmarkt gegeben. Während (junge) Menschen mit
69 geringem Einkommen, Familien und ältere Einwohner*innen keinen bezahlbaren Wohnraum finden
70 oder aus ihren Vierteln vertrieben werden, weil diese eine rasante „Aufwertung“ erfahren, stehen auf
71 der anderen Seite viele Gebäude leer. In der Braunschweiger Innenstadt zum Beispiel etwa 10
72 Prozent. Existierende Steuerungsmöglichkeiten gegen Leerstand wie etwa Bußgelder sind ein erster
73 Schritt, den wir positiv bewerten. Hierbei kann es aber im Sinne einer sozialdemokratischen
74 Wohnungspolitik nicht bleiben. Als letzte Möglichkeit gegenüber Eigentümer*innen die
75 verfassungsrechtlichen Grundsätze des Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz durchzusetzen, müssen in
76 diesen Fällen daher auch Zwangsverwaltungen oder Enteignungen durch (Bundes-)Gesetzgebung
77 als Instrument den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.